

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe November 2019

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Giovanni Maio: "Für eine Medizin und Pflege der Zuwendung"**
- **Mehr Demokratie e.V.: Volksantrag für mehr Demokratie in den Landkreisen**
- **Transparenz TV: Frieden braucht mutige Aktionen**
- **Peter Feininger: "Parlamentskreis Atomwaffenverbot" im Bundestag gegründet – Die Medien schweigen**
- **Von 56 Organisationen: Umfassendes Rüstungsexportverbot für die Jemen-Militärkoalition!**
- **Jürgen Todenhöfer & Willy Wimmer: Schluss mit dem Krieg!**
- **Hartmut Barth-Engelbart: Psycho-Krieg gegen Claudia von Werlhof & Peter Handke ...**
- **Karl Müller: Donald Trump hat mit deutlichen Worten die US-Kriege im Nahen Osten kritisiert**
- **Karin Leukefeld: Verbrannte Erde**
- **Peter Haisenko: Trump, Selenski, Biden – der Skandal heißt Obama**
- **Merle Weber: Die Militarisierung der Ostsee**
- **Michel Chossudovsky: Gelenkte Proteste**
- **sputniknews: Russland und Afrika vereinbaren gemeinsame UNO-Reformierung**

Zitat des Monats von [Václav Havel](#):

Hoffnung ist nicht die Überzeugung, dass etwas gut ausgeht, sondern die Gewissheit, dass etwas Sinn hat, egal wie es ausgeht.

Editorial

In dieser Ausgabe stellen wir einen Beitrag von Giovanni Maio an den Anfang, der die fundamentale **Bedeutung der beziehungsvollen Pflege** für pflegebedürftige Menschen eindrucksvoll darstellt.

Dann folgt ein Themenschwerpunkt, in dem verschiedene konstruktive Initiativen vorgestellt werden: 'Mehr Demokratie e.V.' führt eine Unterschriftensammlung durch, um in **Baden-Württemberg direktere Demokratie** (Volksabstimmungen) in den Landkreisen einzuführen. Der Friedensaktivist Hermann Theisen schildert in einem Video seine **Erfahrungen mit legalem zivilem Ungehorsam**, der ihm zwar viele Gerichtsprozesse, aber am Ende Erfolge beschert hat.

Bundestagsabgeordnete haben einen **Arbeitskreis für ein Atomwaffenverbot** gegründet. 56 Organisationen haben in einem offenen Brief an den Bundessicherheitsrat ein **Exportverbot von Rüstungsgütern** gefordert, speziell im Hinblick auf den Krieg Saudi-Arabiens gegen den Jemen. Jürgen Todenhöfer und Willy Wimmer haben einen **Appell an den Bundestag** gerichtet, das Grundgesetz nicht für Auslandseinsätze der Bundeswehr zurechtzubiegen.

Der Blog von Hartmut Barth-Engelbart beschreibt am Beispiel mehrerer prominenter Persönlichkeiten, wie diese für ihre mutigen und **nicht dem Mainstream entsprechenden Stellungnahmen diskriminiert** werden. Aber selbst Präsident Trump kritisiert in einer bemerkenswerten Stellungnahme den **Krieg der USA im Nahen Osten als großen Fehler**. Welche **Schäden in Syrien** die Kriege für Menschen, Tiere, Pflanzen, das ganze Land angerichtet haben, schildert Karin Leukefeld auf erschütternde Weise.

Zu den Vorwürfen gegen Trump im Zusammenhang mit der **Ukraine** wird durch Originaldokumente klargestellt, dass es der demokratische Präsidentschaftsbewerber Biden ist, der die Kritik verdient. In der Konfrontation der NATO gegen Russland wird bereits seit dem Zweiten Weltkrieg auch die **Ostsee in die Militarisierung einbezogen**, dabei werden drei Phasen unterschieden.

Michel Chossudovsky untersucht die **Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen**, die in vielen Fällen durch die Stiftungen neoliberaler Großkonzerne geschieht. Auf die Gelbwestenbewegung in Frankreich trifft das allerdings nicht zu. Unabhängig von Nichtregierungsorganisationen bemühen sich Russland und 40 afrikanische Staaten um eine **Reform der UNO**, um ein gerechteres System der internationalen Beziehungen zu erreichen.

[Inhalt](#) ↑

• Giovanni Maio: "Für eine Medizin und Pflege der Zuwendung"

[Die Aufgabe der Pflege](#) muss nach Giovanni Maio darin bestehen, Menschen zu stärken, sie zu begleiten, sie anzuerkennen und sie zu fördern in ihren eigenen Kompetenzen und Ressourcen. Es geht nicht um die strategische Lösung eines Problems, sondern um die zwischenmenschliche Stütze auf dem Weg zur Mobilisierung der eigenen Potentiale, und seien sie noch so klein, so rudimentär, so eingegrenzt.

Diese den Patienten zurückzugeben, ist die eigentliche Aufgabe der Pflege. Und das gelingt nur durch eine stille Rationalität, eine Rationalität, die man nicht dokumentieren kann, die man nicht festschreiben kann mittels Algorithmen. Es gibt keinen Ablaufplan zur Stärkung der Ressourcen, sondern das gelingt nur durch Beziehungsarbeit, durch Sorge. Es ist eine Sorgerationalität, die hier

zur Geltung kommt, und diese Art der Rationalität hat primär mit Verstehen zu tun und nicht mit strategischem oder zweckrationalem Funktionsdenken.

[Giovanni Maio](#), Jg. 1964, ist Mediziner, Philosoph; seit 2005 Universitätsprofessor für Bioethik an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Mehr Demokratie e.V.: **Volksantrag für mehr Demokratie in den Landkreisen**

Der [Verein 'Mehr Demokratie' startet einen "Volksantrag"](#), um Bürgerbegehren, Bürgerentscheide und Einwohneranträge auf Ebene der Landkreise einzuführen. Neben Hessen ist Baden-Württemberg das letzte Bundesland, das in den Landkreisen keine direkte Demokratie ermöglicht. In den Landkreisen der anderen Bundesländer ist dies heute bereits möglich. Mit der Sammlung von 40'000 Unterschriften für den [Gesetzentwurf](#) wird der baden-württembergische Landtag aufgefordert, direkte Demokratie auch in den Landkreisen einzuführen! Bürger mit Wohnsitz in Baden-Württemberg können sich an der [Unterschriftenaktion](#) beteiligen.

[Mehr Demokratie e.V.](#), überparteiliche und gemeinnützige Nichtregierungsorganisation, tritt dafür ein, dass Bürger das Recht wahrnehmen können, wichtige Fragen selbst zu entscheiden, wenn sie das wollen – in Gemeinden, in den Bundesländern, auf Bundesebene und in der EU. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Transparenz TV: **Frieden braucht mutige Aktionen**

Hermann Theisen, Friedensaktivist seit über 30 Jahren, beteiligte sich an Sitzdemonstrationen und blockierte Militärfahrzeuge. Weil er die Geldstrafe nicht zahlen wollte, die er für ungerechtfertigt hielt, ging er für 30 Tage ins Gefängnis. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das eine [unzulässige Ausdehnung des Nötigungs- und Gewaltbegriffs](#) darin sah, wenn dieser auch auf gewaltfreie Sitzblockaden ausgedehnt wird, wurden Hermann Theisen und mit ihm viele andere nach einigen Jahren entschädigt.

Im Dialog mit Clemens Ronnefeldt geht Hermann Theisen auf seine Motivation, seine juristischen Erfolge und Niederlagen sowie die privaten Auswirkungen seiner konsequenten Lebensweise ein. (Video, 0h47)

[Obwohl das Grundgesetz jeden Bürger verpflichtet, Unrecht zu bekämpfen](#), werden Gruppen und Einzelpersonen wegen ihren gewaltfreien Aktionen angeklagt.

[Inhalt](#) ↑

- Peter Feininger: **"Parlamentskreis Atomwaffenverbot" im Bundestag gegründet – Die Medien schweigen**

In aller Stille haben Bundestagsabgeordnete und Mitarbeiter am 11.09.2019 einen Parlamentskreis Atomwaffenverbot gegründet, "um ein klares Zeichen zu setzen gegen eine drohende Aufrüstungsspirale". "Der Parlamentskreis Atomwaffenverbot setzt sich über Fraktionsgrenzen hinweg für [eine atomwaffenfreie Welt und die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages](#) durch die Bundesrepublik Deutschland ein."

[An dieser Stelle sei auf die Zerstörungskraft der bereit gehaltenen nuklearen Waffen erinnert](#), die uns Alexander Unzicker vor dem Hintergrund darlegt, dass allein die Existenz und Einsatzbereitschaft dieser Waffen durch unvorhersehbare Auslöser eine nukleare Apokalypse herbeiführen können.

[Peter Feininger](#), Jg. 1949, studierte Pädagogik und Gitarre; Mitbegründer der PDS in Augsburg und in Bayern; seit Langem im überparteilichen ["Forum solidarisches und friedliches Augsburg"](#) aktiv. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Von 56 Organisationen: **Umfassendes Rüstungsexportverbot für die Jemen-Militärkoalition!**

In einem Offenen Brief vom 18.09.2019 an den Bundessicherheitsrat wird [ein umfassendes Exportverbot von Rüstungsgütern](#) an die Mitglieder der von Saudi-Arabien geführten Militärkoalition gefordert, das keine Ausnahmen für Rüstungskomponenten zulässt. Den Brief, in dem die Bundesregierung auch aufgefordert wird, sich für ein EU-Waffenembargo gegen alle Mitglieder der von Saudi-Arabien angeführten Militärkoalition im Jemen einzusetzen, haben 56 Organisationen unterzeichnet.

Die Namen der 56 Organisationen aus der Entwicklungs-, Friedens- und Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfsorganisationen finden Sie am Ende des Artikels. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Jürgen Todenhöfer & Willy Wimmer: **Schluss mit dem Krieg!**

Anlässlich der am 24.10.2019 geplanten Verlängerung des Bundeswehreininsatzes für Syrien und den Irak fordern der frühere verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Willy Wimmer und der frühere rüstungskontrollpolitische Sprecher der CDU/CSU Jürgen Todenhöfer in ihrem Appell den Bundestag auf, sein [verfassungswidriges Kriegstreiben umgehend zu beenden](#). Der Bundestag müsse aufhören, sich bei Auslandseinsätzen das Grundgesetz "zurecht zu biegen". Sie erinnern an den Eid der Bundeswehrsoldaten, der lautet: "Ich schwöre, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das RECHT und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen."

Der Bundestag hat den Einsatz von 'Tornado'-Aufklärungsjets und Tankflugzeugen im Rahmen der internationalen Koalition gegen den 'Islamischen Staat' in Syrien und im Irak [bis 31.03.2020 verlängert](#). Die Ausbildung von Soldaten im Irak durch die Bundeswehr wurde um ein Jahr verlängert.

[Jürgen Todenhöfer](#), Jg. 1940, ist promovierter Jurist, Publizist und ehemaliger Medienmanager. Er war 1972 bis 1990 Bundestagsabgeordneter der CDU. Ab etwa 2001 profilierte sich Todenhöfer als Kritiker der US-Interventionen in Afghanistan und im Irak. (Red.)

[Willy Wimmer](#), Jg. 1943, ehemaliger Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium und Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE. Seit seinem Rückzug aus dem Bundestag 2009 [publizierte er die Bücher](#) "Wiederkehr der Hasardeure" (2014, Koautor Wolfgang Effenberger), "Die Akte Moskau" (2016), "Deutschland im Umbruch" (2018) und (als Koautor von Halford Mackinder) ["Der Schlüssel zur Weltherrschaft"](#) (2019). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Hartmut Barth-Engelbart: **Psycho-Krieg gegen Claudia von Werlhof & Peter Handke ...**

Jeder, der differenziert denkt oder fühlt und nicht einzuordnen ist in den Diskurs der Herrschenden, wird heute in Form einer psychologischen Kriegsführung mit dem Vorwurf des unwissenschaftlichen Arbeitens und der Profitgier als Motiv zur Veröffentlichung, mit der Zuschreibung zu rechtem Gedankengut, mit der Kontaktschuld und des Verschwörungstheoretikers diffamiert. [Diese Diffamierung und daraus folgende Konsequenzen](#) mussten/müssen insbesondere Dr. Rosalie Bertell, Claudia von Werlhof, Peter Handke, Daniele Ganser, Alexander Dorin, der Erzbischof von Aleppo, Ken Jebsen, Dirk Pohlmann, Margot Käßmann und Julian Assange erdulden.

Eine Darstellung und Würdigung der vorgenannten und weiterer mutiger Personen.

[Hartmut Barth-Engelbart](#), Jg. 1947, ist Schriftsteller, Grundschullehrer und Kinder-chorleiter. Studium der Psychologie, Pädagogik, Soziologie, Germanistik und Geschichte. Er betreibt die Web-Site <http://www.barth-engelbart.de/>. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Karl Müller: **Donald Trump hat mit deutlichen Worten die US-Kriege im Nahen Osten kritisiert**

US-Präsident [Donald Trump hat den jahrzehntelangen Krieg der Vereinigten Staaten im Nahen Osten – insbesondere im Irak – als einen großen Fehler bezeichnet](#), der auf einer List beruht habe, und offen erklärt, dass der frühere Machthaber im Irak, Saddam Hussein, zum Zeitpunkt der Invasion über keinerlei Massenvernichtungswaffen verfügte. „Wir zogen unter einer falschen und jetzt widerlegten Prämisse in den Krieg: Massenvernichtungswaffen. Es gab keine!“ Trump kritisiert die immensen Kosten und die hunderttausende Menschenleben, die die Nahost-Kriege seit 2001 verursacht haben. Trump verbreitete diese Erklärung einmal mehr über den Kurznachrichtendienst Twitter, um die Anti-Kriegs-Rhetorik seines Wahlkampfes von 2016 wiederzubeleben. Sie steht im Zusammenhang mit dem Versuch, seine jüngste Entscheidung zu verteidigen, Truppen aus Nordostsyrien abzuziehen.

[Karl Müller](#) ist Berufsschullehrer ([Fächer](#): Deutsch, Geschichte und Gemeinschaftskunde) und Mitarbeiter der Redaktion 'Zeit-Fragen'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Karin Leukefeld: **Verbrannte Erde**

Die Kriege gegen Irak und Syrien haben historische Landschaften, Ressourcen und antike Stätten verwüstet und hinterlassen der Bevölkerung ein schweres Erbe. Karin Leukefeld beschreibt, ausgehend von der verlassenen Zementfabrik Lafarge in Syrien, die Schäden, die die Soldaten verursachen und damit Natur und Kultur massiv und langfristig schädigen. Die Soldaten hinterlassen oft giftige Rauchsäulen, verbrannte Erde und Spuren radioaktiver Uranmunition, die die Bevölkerung über Generationen schädigen kann.

Der dadurch definierte [Krieg nach dem Krieg richtet sich gegen Menschen, Tiere und Pflanzen, gegen Land, Wasser und Luft](#) und oft auch gegen wertvolle Kulturdenkmäler. In Zeiten der schon im vollen Gang befindlichen Ökokatastrophe ist das für Leukefeld kein Kavaliersdelikt mehr. Am Ende leiden dadurch immer auch die Menschen – auch wenn in der Öffentlichkeit meist nur der unmittelbare Schaden, der durch getötete und verletzte Menschen sowie durch das Leid der Hinterbliebenen verursacht wird, dargestellt wird.

Leukefeld belegt einige der Verbrechen auch mit Fotos.

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Peter Haisenko: **Trump, Selenski, Biden – der Skandal heißt Obama**

Die US-Regierung unter Obama hat mehrfach zugegeben, dass sie 5 Mrd. Dollar investiert hat, um den Putsch in der Ukraine in Gang zu setzen. Direkt anschließend begann der große Raubzug des US-Kapitals in der Ukraine. Der Sohn des US-Vizepräsidenten Joe Biden, Hunter Biden, war mit seiner Investitionsfirma 'Rosemont Seneca Partners LLC' ganz vorn bei den Profiteuren dabei.

Noch 2018 hatte Joe Biden geprahlt, dass er [Poroschenko dazu gezwungen hatte, den ukrainischen Generalstaatsanwalt Viktor Schokin zu feuern](#), weil er wegen Korruptionsvorwürfen gegen das ukrainische Erdgasunternehmen 'Burisma Holdings' ermittelte, in dem Hunter Biden Vorstandsmitglied war. Das Ermittlungsverfahren gegen Hunter Biden ist im Jahr 2018 wieder aufgenommen worden, kommt aber wegen "äußerer Einflussnahme" nur schleppend voran. Der jetzige Generalstaatsanwalt der Ukraine, Juri Luzenko, wollte bereits im April dem US-Justizminister William Barr neue Beweise zu den mutmaßlichen unlauteren Geschäften von Hunter Biden und der direkten Einmischung von Joe Biden in die inneren Angelegenheiten vorlegen.

In seinem Telefonat mit Selenski Anfang August hat Trump nichts anderes getan, als dem ukrainischen Präsidenten mitzuteilen, dass die US-Regierung nicht mehr intervenieren wird, wenn gegen Hunter Biden ermittelt wird.

Eine [Übersetzung des Telefonats gibt es hier](#). Das Telefonat macht deutlich, dass Trump keinen Druck auf Ukraine-Präsident Selensky ausgeübt hat, sondern dass Letzterer selbst ein Interesse an der Aufklärung zu Hunter Biden und weiteren Korruptionsfällen zeigt.

[Peter Haisenko](#), Jg. 1952, ausgebildeter Verkehrspilot mit 30 Jahren Einsatz. Seit 2004 Autor und Journalist mit eigener Web-Seite und eigenem Verlag. Arbeitsschwerpunkte Wirtschaft, Historie, Politik und Luftfahrt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Merle Weber: **Die Militarisierung der Ostsee**

Die NATO baut derzeit die militärische Infrastruktur für einen Krieg in Osteuropa auf. Deutschland ist hier u.a. mit dem neuen Marinekommando in Rostock ganz vorne mit dabei. Die sicherheitspolitische Bedeutung der Ostsee entwickelt sich geradezu deckungsgleich mit den 3 Phasen der NATO.

In der ersten Phase, von der Gründung des Bündnisses 1949 bis zum Ende der Sowjetunion 1990, war die Ostsee potenzieller Schauplatz einer direkten militärischen Konfrontation der beiden Großmächte in Europa. In der zweiten Phase, ab 1990, ersetzt die NATO die Großmachtkonfrontation durch globale Aufstandsbekämpfung und Regimechange-Politik.

Seit einigen Jahren befinden wir uns in der dritten Phase: Am Horizont erstarkt China, der NATO-Block und Russland geraten zunehmend aneinander. Zu der globalen Interventionspolitik kommt die "Wiederkehr der Konkurrenz großer Mächte" hinzu: Die Ostsee ist [von einer umfassenden Militarisierung betroffen](#), die angeblich durch das aggressive Russland zu verantworten sei. Um Russland langanhaltend zu schwächen wird aber auch eine geographische Ausweitung des Konfliktes über die Ostsee und den Atlantik hinaus betrieben. Entsprechend wird auch die Bundeswehr zur "Randmeerkriegsführung" aufgerüstet – mittels entsprechender Kriegsschiffe und durch ein neues Zentrum zur Kriegsführung in Rostock, das schon heute aktiv die Integration der EU-Staaten und die Militarisierung der EU vorantreibt.

[Inhalt](#) ↑

• Michel Chossudovsky: **Gelenkte Proteste**

Viele NGOs und Initiativen, die gegen das neoliberale System protestieren, [finanzieren sich durch wohltätige Stiftungen](#). Die wiederum beziehen ihr Geld oft von Personen, die ihr Vermögen an der Wallstreet gemacht haben. Michel Chossudovsky geht dabei aufkommenden Fragen nach, wie: Werden die Protestierenden gesteuert? Sind auch die Gelbwesten schon vereinnahmt?

Die Rubikon Weltredaktion veröffentlicht die Übersetzung des GlobalResearch-Artikels Chossudovskys, in dem es um die Beziehung von Wallstreet, IWF und Antiglobalisierungsbewegung geht: "Die Programme vieler NGOs und Bürgerbewegungen sind stark abhängig von der Finanzierung sowohl durch die Öffentlichkeit als auch durch private Stiftungen wie unter anderem der Ford-, der Rockefeller- und der McCarthy-Stiftung". Dadurch bleibt den Finanziers die Aussicht, so letztlich die Aktivitäten der Finanzierten kontrollieren und formen zu können. Eindeutig ist aber, dass Frankreichs Gelbwesten eine unabhängige Graswurzelbewegung sind.

[Michel Evgenij Chossudovsky](#), Jg. 1943, war tätig als kanadischer Professor der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Ottawa und Gastprofessor an vielen akademischen Einrichtungen außerhalb Kanadas, als Berater für Regierungen sog. Entwicklungsländer und Organisationen, die sich mit der Unterstützung sog. Entwicklungsländer und mit Friedenspolitik beschäftigen. Er ist international bekannt durch seine globalisierungskritischen Publikationen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- sputniknews: **Russland und Afrika vereinbaren gemeinsame UNO-Reformierung**

Russland und 40 Länder des afrikanischen Kontinents werden ihre [Anstrengungen hinsichtlich der Reformierung der UNO](#), darunter auch des UN-Sicherheitsrates, koordinieren. Es gehe darum, "die aktive Rolle der UNO in den internationalen Angelegenheiten zu gewährleisten, insbesondere in dem Teil, der die Aufrechterhaltung des Völkerrechts und der Sicherheit betrifft, sowie die Anstrengungen, die auf die Erhöhung des UNO-Potentials zum Zwecke des Entgegenwirkens gegen existierende und neue globale Herausforderungen und Bedrohungen abzielen, zu koordinieren".

Weitere gemeinsame Ziele sind:

- dem Terrorismus und Extremismus entgegenwirken,
- gemeinsame Anstrengungen gegen den Klimawandel und dessen Folgen,
- Kooperation in den Bereichen der humanitären Hilfeleistung, der Verhinderung von Naturkatastrophen und Epidemien, des Aufbaus eines gerechteren Systems der internationalen Beziehungen, des Wirkens gegen politisches Diktat und Währungserpressung im Handel, der Nichtverbreitung von Atomwaffen sowie der Informationssicherheit und der Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken.

Die Vereinbarung wurde in der Deklaration des ersten Gipfels Russland-Afrika in Sotschi fixiert und am 24.10.2019 veröffentlicht. Für Wladimir Putin hat die Zusammenarbeit mit afrikanischen Ländern einen [strategischen und langfristigen Charakter](#).

[Inhalt](#) ↑